

Bürgermeister Dr. Storch begrüßt zu diesem Tagesordnungspunkt den Geschäftsführer der Marienhaus GmbH, Herrn Prof. Dr. Christof Schenkel-Häger, Verwaltungsleiterin Frau Sarah Justen sowie von der Deutschen KlinikUnion Herrn Dr. med. Dietmar Stephan und den Dipl.-Kfm. Dr. Armin P. Wurth.

Zunächst geht Herr Prof. Schenkel-Häger auf die aktuellen Ereignisse ein. Das Eitorfer Krankenhaus sei ein kleines mit einer sehr angespannten Lage. Zuschüsse sind und waren notwendig. Mittlerweile fehle der Gemeinde die Kraft, den eigenen Anteil beizusteuern. Die Defizitsituationen seien nicht nachhaltig und durchgreifend zu beseitigen gewesen. Die Belastungen lägen beim Mehrheitsgesellschafter, der Marienhaus GmbH. Alle Bemühungen hätten allenfalls dazu geführt, ein weiteres Ausreißen der Defizitsituation nach oben zu verhindern. Obwohl sich Erlös- Kostenentwicklung unterschiedlich bewege, habe man seit einem Jahr eine stabile Zuschusssituation. Das Personal habe sich eingebracht und man habe Leistungssteigerungen hinbekommen. Es sei nicht so, dass das Haus stehengeblieben wäre. Unter dem Strich reiche dies jedoch nicht und man müsse nach neuen Lösungen suchen. Auch die Marienhaus GmbH könne die Zuschusssituation nicht dauerhaft tragen. Desweiteren kritisiert er die Bundespolitik als „Preisgeber“ in diesem System. Ausdrücklich nimmt er die Landesregierung und die Bezirksregierung in seiner Kritik aus. So hätten beide erkannt, dass es so mit den Krankenhäusern in NRW nicht weitergehen könne. Schon mehrfach habe er darauf hingewiesen, dass die Bezirksregierung hinter dem Haus stehe. So habe sie umfangreiche Fördermaßnahmen umgesetzt. Nachfolgend skizziert Prof. Schenkel-Häger die Kontaktaufnahme zu den beiden Herren der Deutschen KlinikUnion. Die Gespräche hätten sich positiv entwickelt und konkretisiert. Hierbei habe sich ergeben, dass sich die DKU vorstellen könne, das Eitorfer Krankenhaus zu übernehmen und ihm eine positive Zukunft zu verschaffen. Das Konzept der DKU sei erprobt und überzeugend. Man befinde sich in einer Phase der Vorbereitung und habe noch keine vollendeten Fakten geschaffen. Einen ausgehandelten oder gar unterzeichneten Vertrag gebe es noch nicht. Das erarbeitete Konzept biete eine große Chance für das Eitorfer Krankenhaus.

Im Anschluss stellen die Herrn Dr. Wurth und Dr. Stephan das Unternehmen Deutsche KlinikUnion sowie die Firmenphilosophie vor. Sowohl die Vorstellung als auch die Konzeption werden anhand einer Präsentation vorgestellt. Beide Herrn weisen daraufhin, dass die Folie eigentlich an die 100 Seiten umfasst, man sich aber heute auf die wichtigsten und wesentlichen Eckpunkte beschränken möchte. Der Vortrag für die heutige Sitzung des Hauptausschusses sei daraufhin reduziert worden. Zum Abschluss des Vortrages macht Herr Dr. Wurth deutlich, dass der Rat sowohl als politischer Entscheidungsträger als auch als Bürgerinnen und Bürger von Eitorf auch nach einer Übertragung des Krankenhauses an die DKU mit „im Boot“ seien, in dem sie mit dazu beitragen, dass das Krankenhaus in Eitorf angenommen werde. Ergänzend zu den Ausführungen in der Folie erklärt Herr Dr. Wurth, dass eine Generierung der Umsatzrendite zur Eigenfinanzierung von Instandhaltung und Investitionen von 5 % angestrebt sei. Die Präsentation ist als **Anlage 2** der Niederschrift beigelegt.

Nach der ausführlichen Darstellung bedankt sich der Bürgermeister bei den beiden Herren. Das Konzept sei für unser Krankenhaus sehr überzeugend.

In der Folge ergeben sich verschiedene Fragen aus Reihen des Ausschusses.

Auf Frage von Herrn Gräf zum Zeitrahmen nimmt Herr Dr. Wurth Stellung. Zu unterscheiden sei die formale und die inhaltliche Schiene. Auch wenn ein Kaufvertrag unterzeichnet ist, bedürfe es immer noch der formalen Umsetzung. Mit der inhaltlichen Arbeit würde man gerne schnell beginnen, voraussichtlich ab Juli. Das Unternehmen sei so aufgestellt, dass man schnell reagieren könne.

Auf Frage von Herrn Sonntag erklärt Herr Dr. Wurth, dass man zunächst nur die reduzierte Folie zu Protokoll gebe, da detaillierte Mitarbeitergespräche noch ausständen und man diesen nicht vorgreifen wolle.

Herr Sonntag regt an, die Einwohnerfragestunde zu diesem Punkt innerhalb dieser Beratung vorzuziehen. Hiergegen gibt sich kein Widerspruch.

Herr Sonntag fragt weiter, ob es möglich ist, mit der Übertragung von Managementfunktionen vor Übertragung der Gesellschaftsanteile zu beginnen, um keine Zeit zu verlieren.

Herr Dr. Wurth bestätigt, dass dies grundsätzlich möglich sei. Wichtig sei aber in der Zielstruktur die Übernahme der Anteile. Bestimmte Dinge des Konzeptes funktionierten nur in einer privaten Trägerschaft. Als Beispiel nennt er Dinge des Arbeitsrechtes und der Zusatzversorgungskasse, die man erhalten wolle. Mit der Rheinischen ZVK seien Gespräche geführt worden. Diese sei bereit, bei einem neuen Träger Zugeständnisse bei gleicher Versorgung zu machen.

Herr Langer geht kurz auf die Beratung in den letzten Jahren ein. Das vorgestellte Konzept sei durchaus positiv zu bewerten. Ihm sei vor allem wichtig, dass so viele Arbeitsplätze wie möglich erhalten blieben. Er hoffe auch, dass die Mitarbeiter gleich Fragen stellen. Die Meinung der Mitarbeiter sei ihm bei seiner Entscheidungsfindung als Ratsmitglied wichtig.

Der Bürgermeister erklärt, dass die Mitarbeiter erst heute Nachmittag von der Geschäftsführung informiert wurden. Detaillierte Gespräche zwischen dem Unternehmen und den Mitarbeitern seien noch erforderlich. Der Termin werde kurzfristig anberaunt. Bevor man von Mitarbeitern belastende Aussagen erwarte, solle man die Gespräche erst abwarten.

Herr Zielinski bedankt sich ebenfalls für die Darstellung. Die Thematik müsste weiter vertieft werden. Daher werde man heute keine inhaltlichen Fragen stellen, da alle notwendigen Informationen noch nicht vorlägen.

Herr Liene ist der Meinung, dass das Unternehmen sehr offen und ehrlich vorgetragen habe. So baue man auch Vertrauen gegenüber den Mitarbeitern auf. Seiner Meinung nach sei es auch hinsichtlich des Stichwortes „Glaubwürdigkeit“ ein gutes Konzept.

Einwohnerfragestunde zu diesem Thema:
--

Herr Welter stellt verschiedene Fragen. So möchte er wissen, ob nur der Betrieb oder auch das Grundstück erworben werden soll. Des weiteren spricht er die Kalkulation im Hinblick auf die Splittung der Chirurgie in unterschiedliche Abteilungen an. dies bedinge auch mehr Chef- und Oberärzte. Gleiches gelte für die Ansiedlung einer Geriatrie-Abteilung. Die hohen Kosten für die Honorarärzte ansprechend, sei ihm nicht ganz schlüssig, wie man ein 5prozentiges Plus erreichen wolle. Außerdem stelle sich die Frage, was passiere, wenn das Konzept in zwei Jahren nicht aufgehe.

Die Herren der DKU antworten. Sowohl Betrieb als auch Grundstück würden übernommen. Die Splittung von Abteilungen bedinge nicht zwingend die zusätzliche Integrierung von Chefärzten. Die Konzepte würden ohnehin im Vorfeld mit den niedergelassenen aber vor allem auch den Chefärzten besprochen. Nehme man die Geriatrie als Beispiel, sei eine zusätzliche Abteilung letztendlich gar nicht der benötigte Weg, sondern eher die Anstellung eines entsprechend spezialisierten Arztes, damit die erforderliche Fachkompetenz am Hause sei. An der von den Rahmenbedingungen festgelegten Versorgungsauftrag des Krankenhauses müsse man sich halten. Gleichwohl könne man innerhalb der Abteilungen „weiter auffächern“ durch klare, fachliche Besetzungen durch Chef- bzw. Oberärzte. Insofern rechne sich das auch wieder kaufmännisch. Werde das Ziel in den nächsten Jahren nicht erreicht, hätte sowohl der Träger als auch das Krankenhaus ein großes Problem.

Auf weitere Frage von Herrn Welter zur Schuldensituation erklärt der Bürgermeister, dass seitens der Gemeinde keine Rückforderungen an das Krankenhaus gestellt werden. Frau Justen ergänzt, dass es in Zukunft auch keine Forderung des neuen Betreibers an die Gemeinde gebe. Der Bürgermeister bestätigt, dass seiner Kenntnis künftig keine Zahlungen der Gemeinde vorgesehen seien.

Herr Dr. Dreßen erklärt, dass die vorgesehene Lösung eine große Chance für das Haus sei. Seiner Einschätzung nach sähen dies auch die Mitarbeiter so. Des weiteren spricht er die Probleme an, weiteres gutes ärztliches Personal an das Haus zu binden. Er möchte wissen, ob dies dem Unternehmen möglich sei, in kurzer Zeit Kollegen an das Haus zu binden.

Herr Dr. Stephan erklärt, dass dies nicht von heute auf morgen möglich sei, jedoch in absehbarer Zeit gute Kollegen zu verpflichten seien. So gebe es an großen Kliniken auch Kollegen, die mit dem dortigen System unzufrieden seien. Diese gingen dann an kleinere Krankenhäuser, wenn sie das umsetzen

könnten, worauf sie spezialisiert seien. Die jungen Kollegen hätten nicht mehr die allumfassende Ausbildung. Setze man aber direkt auf Spezialisierungen, bringe dies mehr Erfolg mit einer anderen Bewerberstruktur.

Es ergeben sich weitere Fragen aus Reihen der Einwohner. U.a. wird die Unternehmensstruktur angesprochen.

Frau Justen verweist auf die Tatache, dass er potentielle Träger „inhabergeführt“ sei. Nach Frage von Herrn Krips bestätigt Dr. Wurth, dass man die bestehende GmbH übernehmen würde. Im Gesellschaftssinne würde die GmbH haften, im Bankensinne aber sehe dies anders aus. Die GmbH müsse eine hervorragende Bonität haben oder der dahinterstehende Gesellschafter müsse haften – ansonsten komme man nicht an Kredite. Insofern sei man zum Erfolg verpflichtet.

Herr Schmitz regt an, im Hinblick auf eine mögliche Geriatrie-Ausrichtung mit Altenheimen zu kooperieren. Hennef beispielsweise verfüge über sehr viele.

Auf Frage von Herrn Schmidt nach einer möglichen Erhöhung der Bettenzahlen, erklärt Herr Dr. Wurth, dass dies wünschenswert wäre, aber nicht immer ausschlaggebend sei. Die Fallzahlen müssten erhöht werden. Da die Verweildauer heute deutlich kürzer sei als früher, sei das Problem Bettenzahl nicht mehr von solch extremer Bedeutung. Auf weitere Nachfrage von Herrn Schmidt nach der Zusammenarbeit mit dem Seniorenheim erklärt Herr Dr. Wurth, dass noch keine konkreten Gespräche geführt wurden.

Ende der Einwohnerfragestunde zu diesem Thema
--

Zum weiteren Verfahren erklärt der Bürgermeister, dass zur Zeit noch nichts vorliege, über das es konkret zu beschließen gebe. Gleichwohl habe er nach der letzten Gesellschafterversammlung mit Herrn Schlüter von der Krankenhausberatung telefoniert und entsprechende Beratungsressourcen gesichert. Zu gegebener Zeit werde er eingebunden um zu einer sachlich fundierten Entscheidungsgrundlage zu kommen.

Herr Sonntag spricht die weitere Beratungsfolge an und bedankt sich für den klar strukturierten Vortrag. Gleichwohl müsse es erlaubt sein, Dinge zu hinterfragen. Bisher habe man ja mit der Marienhaus GmbH einen sehr professionellen Partner mit einem fundierten Hintergrund im Vergleich zur DKU, die ja noch sehr jung und vergleichsweise klein sei. Im Anschluss nennt er verschiedene Dinge, die schon in den letzten Jahren versucht wurden und letztendlich doch nicht zum durchschlagenden Erfolg geführt hätten. Er stelle sich die Frage, was die DKU anders mache.

Entscheidend, so erklären Dr. Wurth und Dr. Stephan, sei, dass man Konzepte auch umgesetzt bekomme. Von Vorteil seien direkte Wege, persönliche Gespräche. Prinzipiell verfolge man eher konservative Wege mit zurückhaltenden Prognosen und sinnvollen Organisationsstrukturen. Dass dies funktioniere, zeige die Erfahrung.

Abschließend bedankt sich der Bürgermeister bei den Gästen und allen Teilnehmern an diesem Austausch.

Vorsorglich werde der Tagesordnungspunkte auf die nächste Ratssitzung genommen für den Fall, dass bis dahin konkrete Entscheidungsgrundlagen vorliegen.